

NAV fordert Stopp der E-Card

Der Landesverband Nordrhein des NAV-Virchow-Bundes hat erneut gefordert, das Projekt „Elektronische Gesundheitskarte“ zu stoppen. Bei der Landeshauptversammlung des Verbandes kürzlich in Köln hieß es zur Begründung, es bleibe ein „nicht unerhebliches Restrisiko“ hinsichtlich der Datensicherheit. Die Patienten sollen per Wartezimmerplakat des NAV darauf hingewiesen werden, dass sie gesetzlich nicht verpflichtet sind, Passfotos für die elektronische Gesundheitskarte zur Verfügung zu stellen. Weiter verlangten die Delegierten „eine angemessene Vergütung von Hausbesuchen und Visiten außerhalb der Gesamtvergütung zu einem festen Eurobetrag“. NAV/RhÄ

„Kinder gegen Neue Grippe impfen“

Kinder sollten auf jeden Fall die Impfung gegen die Neue Grippe erhalten, so Dr. Wolfram Hartmann, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland (BVJK). Insbesondere Kinder, die ein chronisches Leiden wie zum Beispiel Asthma bronchiale, Stoffwechselerkrankungen oder Herzfehler haben, müssen nach seiner Auffassung baldmöglichst geimpft werden. Kinder sollen auf keinen Fall im Rahmen von Reihenimpfungen durch Ämter geimpft werden. Hartmann: „Die zur Zeit vorliegenden Pandemie-Impfstoffe, die von der Bundesregierung eingekauft wurden, sind laut Ständiger Impfkommission auch für Kinder sicher, wirksam und verträglich, allerdings fordern wir für die Zukunft die Entwicklung von A/H1N1-Impfstoffen, die frei von Adjuvantien und Thiomersal sind.“ Der angeblich weitgehend nebenwirkungsfreie Ganzvirus-Impfstoff ist laut Hartmann für Kinder nicht geeignet.

BVKJ/RhÄ

Evaluation der Weiterbildung: Erfolgreicher Abschluss der ersten Projektphase

Fast 30.000 Ärztinnen und Ärzte haben im Rahmen einer Online-Umfrage Auskunft über die Situation der Weiterbildung in Deutschland gegeben. Das Webportal des von der Bundesärztekammer und den Landesärztekammern getragenen Evaluations-Projekts wurde am 20. September geschlossen. Damit endete die Befragungsphase der im Juni 2009 gestarteten Studie zur Qualität der Weiterbildung in Deutschland. An der Befragung haben sich bundesweit 9.876 von 16.343 Weiterbildungsbefugten beteiligt. Dies entspricht einer äußerst erfreulichen Teilnahmequote von mehr als 60 Prozent; in Nordrhein lag die Beteiligung der Weiterbilder bei knapp 62 Prozent und damit sogar noch leicht über dem Durchschnitt.

Von den 57.564 Ärztinnen und Ärzten, die sich bundesweit in Weiterbildung befinden, haben



sich 18.858 geäußert. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 32,76 Prozent (Nordrhein: 34,38 Prozent). Die Gründe für die relativ zurückhaltende Beteiligung der jungen Ärztinnen und Ärzte werden im weiteren Projektverlauf untersucht.

An der gemeinsamen Studie haben sich 16 der 17 Ärztekammern (ohne Sachsen) beteiligt. Auf Grundlage der Befragungsergebnisse soll eine Strategie entwickelt werden, wie die Qualität der Weiterbildung für die Zukunft gesichert und verbessert werden kann. Mit den gewonnenen Erkenntnissen soll dem

zunehmenden Ärztemangel in Deutschland sowie der Abwanderung junger Ärztinnen und Ärzte in andere Berufsfelder oder ins Ausland entgegenge wirkt werden.

In der nächsten Phase erfolgt die wissenschaftliche Auswertung der erhobenen Daten. Hiermit ist die renommierte Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ) beauftragt, die seit rund 15 Jahren eine entsprechende Umfrage der Schweizer Ärztekammer begleitet. Die Ergebnisse werden fachgruppenbezogen in Form von Mittelwerten auf Bundes- und Landesebene dargestellt. Die im Januar 2010 vorliegenden Auswertungen sollen erstmals objektive Vergleichsmöglichkeiten schaffen und Transparenz über die Weiterbildungssituation herstellen.

Weitere Informationen:
www.baek.de; www.aekno.de

BÄK/RhÄ

Demenz: KBV fordert kassenübergreifende Versorgungsverträge

„Bei der Versorgung Demenzkranker geht es darum, sektor- und berufsgruppenübergreifende Netzwerke zu bilden und gemeinsam bestmögliche Lösungen für Betroffene und ihre Angehörigen zu finden. Wir fordern deshalb die Einführung kassenübergreifender Versorgungsverträge“, so Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), kürzlich in Berlin bei der Kooperationstagung „Demenz – Gemeinsam für eine bessere Versorgung“. Die Stabsstelle Patientenorientierung der KBV und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin veranstalteten die Tagung mit Unterstützung des Berufsverbandes Deutscher Ner-

venärzte, des BDA Berlin Brandenburg und der Deutschen sowie der Berliner Alzheimergesellschaft. Über 200 Teilnehmer, unter ihnen vor allem niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, diskutierten mit Experten über die Bedürfnisse von Demenzkranken und deren Angehörigen, eine bessere Versorgung und einen effizienteren Mitteleinsatz.

Zu den Referenten zählten Professor Dr. Lutz Frölich vom Zentralinstitut für seelische Gesundheit, Dr. Frank Bergmann, Vorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Nervenärzte, und Sabine Jansen, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V.

In Arbeitsgruppen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich zu Diagnose, Therapien und Betreuungsangeboten für Angehörige auszutauschen sowie ethische und juristische Fragen zu erörtern. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen in einen Versorgungsvertrag der gemeinsamen Vertragswerkstatt von KVen und KBV einfließen. Dieser Vertrag wird den Krankenkassen angeboten werden.

Nach einem Jahr ist eine Folgeveranstaltung geplant, in die die bis dahin gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse einfließen sollen.

KBV/RhÄ